

### **Mandantenrundschriften April 2021**

Neben den weiterhin beherrschenden Corona-Nachrichten einige Neuerungen bzw. Änderungen aus dem Wirtschafts- und Steuerrecht

#### **Steuererklärungsfristen**

Die zuschlagsfreie Frist zur Einreichung der Steuererklärungen für das Kj. 2019 durch steuerberatende Berufe ist vom Bundesfinanzministerium großzügig bis zum 31.08.2021 verlängert worden.

#### **Entfernungspauschale**

Die Entfernungspauschale für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte wird ab dem 21. Entfernungskilometer für die Kj. 2021 bis 2023 um 5 Cent auf 35 Cent und für die Jahre 2024 bis 2026 um weitere 3 Cent auf 38 Cent pro Entfernungskilometer angehoben.

Ab 2027 sollen dann wieder wie bisher insgesamt 30 Cent pro Entfernungskilometer gelten.

Diese erhöhten Werte sind auch bei der Pauschalierung von Sachbezügen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zu beachten.

#### **Baukindergeld**

Das Baukindergeld kann jetzt beantragt werden für alle Objekte, bei denen die Baugenehmigung bzw. der Kaufvertrag bis zum Stichtag 31.03.2021 vorgelegen hat (bisher 31.12.2020).

Der Antrag ist bei der KfW-Bank innerhalb von sechs Monaten nach Einzug zu stellen.

Die Antragsfrist hierfür endet am 31.12.2023.

#### **Rechnungsberichtigung**

Gehen Leistender und Leistungsempfänger irrtümlich von der Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens aus, ist trotz fehlenden Ausweises von Umsatzsteuer eine rückwirkende Rechnungsberichtigung möglich. So entschied das FG Niedersachsen in einem aktuellen Urteil.

#### **Ausweis der Umsatzsteuer in Mietverträgen**

Die Formulierung „... zuzüglich der jeweils gesetzlichen Umsatzsteuer...“ reicht für einen ordnungsgemäßen Steuerausweis in Mietverträgen nicht aus.

Es ist hier wie in einer sonstigen ordnungsgemäßen Rechnung ein Ausweis von Nettomiete, Umsatzsteuersatz, Steuerbetrag und Bruttomiete erforderlich.

Außerdem sollte die Steuernummer des Vermieters im Mietvertrag genannt sein.

Empfohlen wird außerdem eine lfd. „Mietvertrags-Rechnungs-Nr.“.

#### **Unpfändbarkeit der Corona-Überbrückungshilfen**

Das Finanzgericht Münster hat in einem aufgrund summarischer Prüfung ergangenen Beschluss festgestellt, dass die Corona-Überbrückungshilfen gem. § 319 AO i.V.m. § 851 Abs. 1 ZPO nicht pfändbar sind.

## **Kosten für Hausnotrufsystem**

Die Kosten eines Hausnotrufsystems sind als haushaltsnahe Dienstleistung steuerlich absetzbar (Steuerabzug in Höhe von 20 % der angefallenen Aufwendungen).

## **TSE-Sicherheitseinrichtung für Registrierkassen**

Die Nichtverwendung einer TSE-Sicherheitseinrichtung wurde von der Verwaltung bis zum 31.03.2021 nicht beanstandet, wenn eine Bestellung des entsprechenden Moduls vorliegt, aber eine Lieferung bzw. ein Einbau durch den Hersteller zurzeit noch nicht möglich ist.

Ein gesonderter Antrag war hierfür nicht erforderlich. Es genügt die Vorlage des Bestellnachweises bei einer entsprechenden Nachfrage des Finanzamts.

Sollte für die eingesetzte Registrierkasse aktuell noch keine TSE-Sicherheitseinrichtung vorliegen, wird ein Antrag auf Einzel-Fristverlängerung beim Finanzamt empfohlen.

Die Anschaffungskosten für das TSE stellen lt. BMF sofort abziehbare Betriebsausgaben dar.

## **Kaufpreisaufteilung bei Grundstücken**

Für die Aufteilung des Kaufpreises auf Grundstücksanteil und Gebäudeanteil hat die Verwaltung ein Excel-Tool entwickelt, dass diese Aufteilung erleichtern soll, da wertmäßige Bestandsdaten hinterlegt sind.

Für einige Fälle ist dieses Tool jedoch nicht praxisrelevant.

Daher empfiehlt sich auch weiterhin, eine Kaufpreisaufteilung im Kaufvertrag darzulegen.

Wenn diese gewählte Aufteilung nicht völlig willkürlich und unüblich ist, ist die Verwaltung an die gewählte Aufteilung gebunden.

Ein pauschaler Verweis des Finanzamts auf das vorliegende Berechnungstool des BMF ist hier nicht ausreichend bzw. nicht maßgebend.

Dieses hat der Bundesfinanzhof in einem aktuellen Urteil nochmals festgestellt.

## **Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Speisen**

Der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 v.H. für Speisen, egal ob an Ort und Stelle oder außer Haus, wurde bis zum 31.12.2021 verlängert. Getränke werden wie bisher mit 19 v.H. besteuert.

## **Freiwillige Helfer in Impfzentren**

Die freiwilligen Helfer in Covid 19- Impfzentren können hinsichtlich Ihrer Vergütungen von der Erhöhung der Übungsleiter-Pauschale bzw. des Ehrenamtsfreibetrags (siehe auch Beitrag zum Jahressteuergesetz 2020/2021) profitieren und diese Vergünstigungen in Anspruch nehmen.

## **Corona-Bonus für Arbeitnehmer**

Ein steuerfreier Corona-Bonus kann den Arbeitnehmern bis zur Höhe von 1.500 EUR noch bis zum 30.06.2021 steuerfrei ausgezahlt werden. Bereits gezahlte Beträge aus dem KJ. 2020 sind anzurechnen, d.h. es gibt nur einen gesamten Höchstbetrag für den gesamten Zeitraum 2020/2021.

## **Restschuldbefreiung bei Insolvenzverfahren**

Die Restschuldbefreiung ist jetzt bereits nach einer Verfahrenslaufzeit von drei Jahren möglich.

Die verkürzte Frist gilt für alle Verfahren, bei denen der Insolvenzantrag ab dem 01.10.2020 gestellt worden ist.

Für vorher gestellte Anträge gelten die bisherigen Regeln (i.d.R. sieben Jahre).

## **E-Mobilität**

Die Sachbezüge für E-Mobilität (E-Autos, E-Bikes, Hybridfahrzeuge) sind lohn- bzw. einkommensteuerlich mit geringeren Werten anzusetzen als bei Verbrennungsmotoren (lediglich 50 v.H. bei Hybridfahrzeugen bzw. 25 v.H. E-Fahrzeugen des Brutto-Listenpreises).

Zu beachten ist hierbei, dass für die Umsatzsteuer der ungekürzte Brutto-Listenpreis als Bemessungsgrundlage anzusetzen ist, d.h. hier ist die Kürzung zusätzlich als umsatzsteuerlicher Erlös zu buchen. Gleichzeitig stellt dieser zusätzliche Bruttoertrag aber Lohnaufwand dar.

Erstattungen von Kosten der Arbeitnehmer für die Aufladung von Dienstfahrzeugen können vom Arbeitgeber bis zur Höhe von 70 EUR für Elektrofahrzeuge und 35 EUR für Hybridfahrzeuge monatlich pauschal steuerfrei erstattet werden, wenn im Betrieb des Arbeitgebers oder auf Kosten des Arbeitgebers bei Drittanbietern keine Aufladungsmöglichkeiten bestehen.

Gibt es Ladestationen im Betrieb des Arbeitgebers, dazu zählen auch Guthabenkarten bei Energieversorgern, so können Pauschalbeträge in Höhe von 30 EUR bzw. 15 EUR zusätzlich steuerfrei erstattet werden.

## **Corona-Überbrückungshilfe III sowie Neustarthilfe**

Anträge auf Corona-Überbrückungshilfe III für die Monate November 2020 bis Juni 2021 sowie auf Corona-Neustarthilfe für Solo-Selbstständige können noch bis zum 31.08.2021 gestellt werden.

Für die Überbrückungshilfe muss der Antrag über einen Steuerberater etc. gestellt werden, die Neustarthilfe kann auch selbst unter Beantragung eines ELSTER-Zertifikats beantragt werden.

## **Werden Tankgutscheine sozialversicherungspflichtig?**

Das Bundessozialgericht hat in einem aktuellen Urteil vom 23.02.2021 (Az: B 12 R 21/18 R) Gutscheine an Arbeitnehmer, die über einen bestimmten Euro-Betrag lauten, auch dann als sozialversicherungspflichtiges Arbeitsentgelt eingestuft, wenn die Sachbezugsgrenze von zurzeit 44 EUR nicht überschritten wird. Dieses steht im Gegensatz zur steuerlichen Behandlung.

Gelten soll dieses allerdings nur bei Umwandlung von Barlohn in Sachlohn, nicht bei einer Gutscheinshingabe zusätzlich zum geschuldeten Arbeitslohn.

Ansonsten würde das bei konsequenter Umsetzung durch die Sozialversicherungsbehörden zu immensen Nachforderungen an die Arbeitgeber führen, da diese bei Prüfungen vermutlich in Haftung genommen werden.

Wir werden hier weiterhin „am Ball bleiben“.

## **Jahressteuergesetz 2020/2021**

### **Ab dem Kj. 2020 gilt**

- Für Home-Office-Tage können 5 EUR/Tag (höchstens 600 EUR im Kalenderjahr) als Werbungskosten geltend gemacht werden.
- Für die Inanspruchnahme eines Investitionsabzugsbetrages (IAB) gilt eine einheitliche Gewinn-  
grenze von 200.000 EUR
- Der Höchstbetrag der IAB wird auf 50 v.H. der geplanten Anschaffungskosten erhöht (bisher 40 v.H.)
- Die Investitionsfrist für die im Kj. 2017 in Anspruch genommenen IAB endet nicht nach drei Jahren am 31.12.2020, sondern erst nach vier Jahren am 31.12.2021
- Die Rückbeziehungsfrist gem. § 2 UmwStG für Umwandlung/Formwechsel/Verschmelzung von Gesellschaften beträgt bis einschl. 31.12.2021 nunmehr 12 Monate (bisher 8 Monate)
- Der vereinfachte Zuwendungsnachweis für Spenden ist bis zur Höhe von 300 EUR möglich (bisher 200 EUR)

### **Ab dem Kj. 2021 gilt**

- Der Übungsleiterfreibetrag (§ 3 Nr. 26 EStG) wird auf 3.000 € jährlich erhöht (bisher 2.400 €)
- Der Ehrenamtsfreibetrag (§ 3 Nr. 26 a EStG) wird auf 840 € jährlich erhöht (bisher 720 €)
- Die Pauschbeträge für Schwerbehinderung werden verdoppelt. Außerdem gibt es einen Freibetrag nunmehr bereits ab einem Grad der Behinderung von 20 v.H. (bisher 30 v.H.)
- Ein Pflegepauschbetrag wird in Abstufung bereits ab Pflegegrad 2 gewährt (bisher Pflegegrad 4)
- Keine generelle monatliche Abgabe von Umsatzsteuer-Voranmeldungen in Neugründungsfällen für die Kj. 2021 bis 2026. Die jährlich fällig werdende Umsatzsteuer-Zahllast ist bei Neugründung zu schätzen. Danach erfolgt dann die Einordnung monatlich, vierteljährlich oder jährlich.
- Die Verjährungsfrist für „besonders schwere Steuerhinterziehung“ ist auf 15 Jahre verlängert worden (bisher 10 Jahre)
- Die Fristen für eine zeitnahe Mittelverwendung bei gemeinnützigen Körperschaften und Vereinigungen (i.d.R. zwei Jahre) ist für kleine Körperschaften abgeschafft worden. Kleine Körperschaften im Sinne dieser Vorschrift sind diejenigen mit jährlichen Gesamteinnahmen (Spenden, Beiträge, Zweckbetrieb, wirtschaftliche Geschäftsbetriebe) bis 45.000 EUR.
- Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld sind weiterhin bis zum 31.12.2021 steuerfrei.

### **Ab dem Kj. 2022 gilt**

- Die Freigrenze für Sachbezüge wird auf 50 EUR erhöht (bisher 44 EUR)

## **Nutzungsdauer von Computerhardware und Software**

Computerhardware (einschließlich der dazugehörigen Peripheriegeräte) sowie die für die Dateneingabe und -verarbeitung erforderliche Betriebs- und Anwendungssoftware wurden bislang über eine Nutzungsdauer von drei Jahren abgeschrieben.

Diese Nutzungsdauer wird ab dem 01.01.2021 auf ein Jahr reduziert.

Diese Regelung gilt für alle Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.2020 enden.

Bei Anschaffung in den Vorjahren kann im Kj. 2021 ein Wahlrecht zum sofortigen Abzug des Restbuchwertes ausgeübt werden.

## **Sachspenden**

In einem aktuellen Schreiben des BMF ist festgelegt worden, dass Waren, die ein von der Coronakrise unmittelbar und nicht unerheblich wirtschaftlich betroffenes Unternehmen an steuerbegünstigte Organisationen spendet, nicht als unentgeltliche Wertabgabe (=Eigenverbrauch) versteuert werden müssen.

Diese Regelung gilt für Spenden, die zwischen dem 01.03.2020 und dem 31.12.2021 erfolgt sind.

## **Stromlieferung aus Photovoltaikanlagen**

Liefert ein Vermieter Strom aus einer eigenen Photovoltaikanlage an einen Mieter, so stellt diese Lieferung eine selbstständige umsatzsteuerpflichtige Leistung neben der ggfs. steuerfreien Wohnungsvermietung dar.

Ein Vorsteuerabzug aus den Anschaffungskosten der Anlage ist daher möglich.

## **Modernisierung der Körperschaftsteuer**

Ein zurzeit verhandelter Gesetzentwurf sieht vor, dass es für Personengesellschaften und Partnerschaftsgesellschaften eine Möglichkeit der Option zum Körperschaftsteuerrecht geben soll, damit diese dann auch wie Kapitalgesellschaften besteuert werden.

Für weitere Fragen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Ihre Steuerberater *Hans Wilhelm Fricke* und *Dennis Wolf*  
sowie das gesamte Team